

nachrichten

Gouverneurswahl in Bangkok

Samak Sundaravej wurde mit einer überwältigenden Mehrheit, wie es sie noch nie bei einer Gouverneurswahl in Thailand gegeben hatte, zum neuen Gouverneur von Bangkok gewählt. Mit 1.016.096 Stimmen besiegte er deutlich die nächste Kandidatin, Sudarat Keyuraphan, von der Thai Rak Thai Partei, die 521.184 Stimmen erhielt. Tha-

vatchi Sajakul von der Demokratischen Partei erzielte mit 247.650 Stimmen das drittbeste Ergebnis. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,9 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Der Sieg war für Samak so stark spürbar, dass er sich bereits Minuten nach Beginn der Stimmenausrählung als neuer Gouverneur bezeichnete und versprach, während seiner vierjährigen Amtszeit hart zu arbeiten. Eine Stunde nach Schließung der Wahllokale brief Samak eine Pressekonferenz ein und verkündete sein Programm. Die wichtigsten der von Samak gemachten Wahlversprechen sind, Bangkok in eine internationale Metropole zu verwandeln, mehr städtische Parks sowie Wohnungen für die Armen zu bauen, begrenzte Zonen für Straßenverkäufer einzurichten, und jedes Jahr über den Entwicklungsstand der angestrebten Projekte zu berichten.

vgl. *The Nation*, 24.7.2000

Deutlicher Sieg für Sundaravej

Die über eine Million Wählerstimmen für Samak Sundaravej, hauchten einem Veteranen der thailändischen Politik wieder Leben ein, der schon als Rentner galt und während Parlamentsdebatten Papierflieger baute. Als er seine Kandidatur als Gouverneur bekannt gab, wurde er mit einem alternden Champion verglichen, der aus falschem Stolz noch einmal in den Ring steigt. Er symbolisierte den Untergang einer alten und das Erscheinen einer neuen, energischen politischen Generation. Aber mit seinem Sieg hat er nicht nur seine Gegner geschlagen, sondern zugleich politische Geschichte geschrieben, indem er als erster Kandidat überhaupt über eine Million Stimmen gewann. Dieser Sieg lässt teils verständliche und teils beunruhigende politische

Schlussfolgerungen zu. Sein überwältigender Erfolg gilt als Kombination aus persönlicher Erscheinung, Sympathie, Neugier und Angst. Während seines Wahlkampfes wurde Samak beschuldigt, an der brutalen Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstration 1976 beteiligt gewesen zu sein und viele Akademiker waren entsetzt über seine Wahl zum Gouverneur. Giles Ungphakorn, Dozent an der Chulalongkorn Universität, meinte, dass der Sieg Samaks teilweise dadurch zustande kam, dass viele Wähler mit den Machenschaften der Thai Rak Thai Partei nicht einverstanden sind. Diese vier beschuldigt, Probleme weniger politisch, als vielmehr mit Geld lösen zu wollen.

vgl. *The Nation*, 24.07.2000

Drogenhilfe

Die Regierung Thailands bittet China um Hilfe, um die illegale Einfuhr von Drogen nach Thailand unter Kontrolle zu bekommen. Thailands Premierminister Chuan Leekpai drängte Peking dazu, die burmesische Militärjunta in Rangun zu überzeugen, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die weitreichende Drogenherstellung und den damit verbundenen Schmuggel zu unterbinden. Premierminister Chuan Leekpai und der auf Besuch weilende chinesische Vize-Präsident Hu Jintao einigten sich, gemeinsam das sich stetig ausweitende Drogenproblem zu bekämpfen, das den benachbarten Staaten, speziell Thailand, viel Schaden zufügt. Die thailändische Regierung ist über das Ausmaß des Drogenschmuggels sehr besorgt. Entlang der thailändisch-burmesischen Grenze wurden rund 50 Drogenlabors ausfindig gemacht, die die synthetische Droge »Yaa Baa« (verrückte Medizin) herstellen.

vgl. *The Nation*, 20.7.2000

Minister-Treffen der ASEAN-Staaten

Vom 24.7.00 bis 25.7.00 fand in Bangkok das 33. Ministertreffen der ASEAN-Staaten statt. Zu den wichtigsten dort besprochenen Themen gehörten der Frauen- und Kinderhandel, der Drogenhandel, die fortschreitende Umweltzerstörung, AIDS/HIV und die Schaffung sozialer Sicherheitsnetze. Thailands Minister schlugen während der Konferenz vor, eine alle drei Jahre stattfindende Handelsmesse einzurichten, die abwechselnd in den verschiedenen Mitgliedsstaaten abgehalten werden soll. Diese Handelsmesse soll die regionale, wirtschaftliche Integration verdeutlichen und den wirtschaftlichen Fortschritt der Region anzeigen. Die Wirtschaft der ASEAN-Staaten hat sich deutlich von der Wirtschaftskrise 1997 erholt und wies 1999 ein Wachstum von 4,4 Prozent auf. Das Exportvolumen wuchs um 6,4 Prozent von 322,8 Milliar-

den US-Dollar 1998 auf 343,4 Milliarden US-Dollar 1999. Das Thema des zweitägigen Treffens hieß »Towards a Comprehensive Development Agenda«. Die thailändische Tagesordnung zielte besonders auf eine »ASEAN Troika« ab, eine ASEAN-interne Arbeitsgruppe, die sich nach den Vorstellungen Thailands aus drei Mitgliedern zusammensetzt und sich mit besonders wichtigen Fragen in der Region, z.B. dem Drogenhandel, beschäftigen soll. Thailands Außenminister Surin Pitsuwan, Vorsitzender des Ministertreffens, schlug den anderen Mitgliedsstaaten die Schaffung einer ASEAN Troika vor, um mehr Effektivität bezüglich Themen wie Frieden und Stabilität der Region zu erzielen sowie die Zusammenarbeit auf höherer Ebene zu erreichen und somit die Solidarität untereinander zu fördern.

vgl. *The Nation*, 24.7.2000

Niedrige Inflation trotz steigender Energiepreise

Die steigenden Preise für Erdöl und Erdgas haben in Thailand Befürchtungen nach einem Anstieg der Inflation ausgelöst. Experten gehen jedoch davon aus, dass sich die Preissteigerung wegen der niedrigen Inlandsnachfrage in Grenzen halten wird. Im Jahre 1999 lag der Anstieg des Preisindex bei 2 %, in der ersten Hälfte 2000 bei 1,2 %. Bis Ende des Jahres wird die Teuerungsrate auf nicht mehr als 3,5 % geschätzt. Das thailändische Handelsministerium erwartet eine Inflation von 2 % im Jahresdurchschnitt. Die Gründe für die optimistische Haltung werden im Verhalten der Konsumenten sowie den niedrigen Preisen für Lebensmittel gesehen. Das Überangebot an landwirtschaftlichen Gütern hat die Preise für Nahrungsmittel und Getränke im ersten Halbjahr um 1,6 % fallen lassen, was vor allem den Bauern zu schaf-fen macht. vgl. *Bank of Thailand: Press Release on Economic and Monetary Conditions in June 2000 /*

www.bot.or.th; BP The Week in

Review, 2.-8.7.2000

Premiere für die Meinungsfreiheit

Die thailändische Regierung hat zusammen mit der Vereinigung Armer Menschen (AOP) ein weiteres Kapitel in der Entwicklungsgeschichte volksnaher Demokratie in Thailand geschrieben, indem sie gemeinsam zu der ersten öffentlichen Podiumsdiskussion überhaupt auf die Bühne traten. Nach Jahrzehnten zügelloser und teils unbedachter Entwicklungspolitik in Thailand, bei der die Stimmen der Armen fast nie berücksichtigt wurden, durften jetzt endlich Vertreter der verarmten Bevölkerung ihre Meinung öffentlich zu den großen Dammpojekten und anderen kommerziellen Entwicklungsprojekten äußern. Zum ersten Mal traten zwei Seiten öffentlich auf, um ihre Positionen zu verteidigen und Lösungen für Probleme zu finden, die als permanente Gegner gelten. Sämtliche wichtigen Medienvertreter waren zugegen und die Diskussion wurde live auf zwei Kanälen des thailändischen Fernsehens übertragen. Die Hauptthemen, die diskutiert wurden, waren Forstwirtschaft, Staudammpojekte und widerrechtliche Aneignung von Staatsland.

vgl. *The Nation*, 18.8.2000

Staatsverschuldung

Die öffentliche Verschuldung in Thailand nimmt zunehmend kritischere Ausmaße an. Bis Ende des Jahres wird die Staatsverschuldung bei rund 43 Prozent des Bruttosozialprodukts liegen. Es wurden bereits vier Milliarden US-Dollar an ausländischen Reserven locker gemacht. Fachleute rechnen mit einem weiteren Anstieg der Schuldenquote. Unterdessen hat Wirtschaftsminister Tarrin 17 Infrastrukturprojekte auf Eis gelegt. Zehn Autobahnerweiterungen und eine U-Bahn-Verlängerung wurden gestrichen. Dies ist der Preis für die erfolgreiche Bekämpfung der Rezession, den nun alle Thais bezahlen müssen, heißt es.

vgl. *BP The Week in Review*, 30.4.6.5.2000

Korruptionsstopp gefordert

Politische Aktivisten sagten, es sei höchste Zeit die Nation von Politikern zu befreien, die ihre politische Macht auf Kosten des Volkes ausbauen. Bei einem Treffen an der Thammasat Universität forderten ehemalige Studenten und demokratische Gruppen von den Politikern die Beendigung ihrer sogenannten »korrupten Demokratie«. Die Sprecher dieses Treffens waren der ehemalige Richter am Verfassungsgericht Chainan Samutdavanija, der Senator Sophon Supapong und der ehemalige Studentenaktivist Seksan Prasertkul. Sie meinten, das Land wurde von solchen Politikern in die Krise gestürzt, die nicht wirklich an der Lösung von Problemen interessiert waren. Chainan rief zu einer volksna-

hen Demokratie auf, in welcher Bürger genaue Informationen über die nationalen Belange bekommen und die Öffentlichkeit ein Mitspracherecht in Dingen erhalten soll, die sie betrifft. Sophon, Vorsitzender der Gruppe Demokratie für das Volk, sagte, die Regierung ignoriere die Armen, die ebenso von der Wirtschaftskrise betroffen sind wie die Mittelschicht und auch teilweise die Reichen. Seksan meinte, viele professionelle Politiker nutzten das Land zur eigenen Bereicherung aus, das Volk müsse das Recht haben, seine Meinung kontinuierlich und systematisch auszudrücken. Die Menschen sollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können.

vgl. *Bangkok Post*, 31.7.2000

Wirtschaft auf Wachstumskurs

Thailand rechnet für das Jahr 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von 4,5–5 Prozent. Der nicht-landwirtschaftliche Sektor wird den Angaben der Zentralbank (Bank of Thailand) zufolge um 5,4 Prozent zulegen, der Agrarsektor um 2,1 Prozent. Zwischen Januar und März stieg das Bruttosozialprodukt um 5,2 Prozent. Das Wachstum ist zu einem erheblichen Teil durch den Anstieg der Exporte, vor allem in der Elektro- und Automobilindustrie, bedingt. In den ersten vier Monaten des Jahres nahmen die Exporterlöse um 25 Prozent zu. Der Anstieg der Ölpreise wird

den Aufschwung nur geringfügig dämpfen, behaupten internationale Wirtschaftsexperten. Darauf deuten Indikatoren hin, die gewöhnlich als Kennziffern für die wirtschaftliche Entwicklung herangezogen werden. Auch die privaten Investitionen haben deutlich zugelegt, wie die neu errichteten Produktionsstätten von BMW, General Motors und Ford in Rayong zeigen. Die meisten Anträge für Neuinvestitionen kamen aus Japan, Taiwan und den USA.

vgl. *Wirtschaftsdaten der Bank of Thailand im Internet / www.bot.or.th; BP The Week in Review*, 21.-27.5.2000, 28.5.-3.6.2000, 4.-10.6.2000

Armut im Nordosten steigt

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen stieg 1999 um zwei Prozent auf 12.729 Baht im Monat, aber die Menschen im Nordosten und Süden seien um vier Prozent ärmer geworden, resümiert der Jahreswirtschaftsbericht des Nationalen Statistikamtes. Der durchschnittliche Arbeitnehmer in Bangkok nahm 26.742 Baht nach Hause, ein Haushalt in Isaan, dem Nordosten, hatte

im Schnitt nur 8.138 Baht pro Monat zur Verfügung. Die Landwirte im Nordosten, die traditionell zu den ärmsten in Thailand gehören, leiden unter der noch immer hohen Arbeitslosigkeit, den steigenden Energiepreisen und den geringeren Erlösen für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

vgl. *BP The Week in Review*, 4.-10.6.2000

nachrichten

Der Baht schwächelt

Die thailändische Währung ist mit rund 41 Baht pro US\$ auf den niedrigsten Stand des Jahres abgerutscht. Fachleute der Bank of Thailand haben jedoch Befürchtungen vor einer erneuten Währungs-krise mit der Begründung abgewehrt, dass ein schwacher Baht den Export stärkt, der in diesem Jahr um 10 % zulegen soll. Freuen dürfen sich auch die Touristen, die derzeit rund 20 Baht für 1 DM bekommen. vgl. *Währungsangeben der Bank of Thailand; BP The Week in Review*, 23.-29.7.2000

Erfolg für Staudammgegner

Die thailändische Regierung beugt sich dem Druck der Demonstranten, die vor dem Regierungsgebäude gegen aktuelle Staudammpojekte protestieren. Das Kabinett stimmte den meisten Maßnahmen zu, die durch ein unabhängiges Komitee vorgeschlagen wurden. Dieses Komitee wurde gegründet, um die negativen Auswirkungen der diversen Staudammpojekte, besonders am Pak Mool Fluss im Nordosten des Landes auf die lokale Bevölkerung zu untersuchen. Das Kabinett stimmte vier von sechs Vorschlägen bezüglich des Staudammes zu und akzeptierte eine der zwei Empfehlungen hinsichtlich der Aufforstung in dieser Region. Weiterhin stimmte das Kabinett zu, dass Studien zu Staudammpojekten nicht nur über die Folgen der Umwelterstörung angelegt werden, sondern vielmehr die sozialen Auswirkungen auf die Anwohner berücksichtigen sollen.

vgl. *The Nation*, 9.8.2000